

INDUSTRIEKULTUR QUO VADIS?



INDUSTRIEKULTUR IN NATIONALER UND EUROPÄISCHER PERSPEKTIVE – DEBATTEN UM SELBSTORGANISATION UND BUNDESFÖRDERUNG

Joseph Hoppe, Thies Schröder

Industriekultur ist seit den 1970er Jahren ein Thema regionaler und künstlerischer Arbeit.¹ Der Übergang vom Industrie- in das Informationszeitalter erfolgt zumeist fließend und dennoch häufig disruptiv. In den letzten Jahren ist nicht nur die Industriekultur-Szene in Bewegung geraten – es wird auch wieder über eine nachhaltige Industrie-Politik debattiert, in der sich alte und neue Industriekultur verbinden: Es tut sich was im Lande und in der Politik in Sachen Industriekultur.

INDUSTRIEKULTUR IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Am Donnerstag, den 24. Juni 2021, kam der Bundestag zu seiner letzten Sitzung der noch laufenden Legislaturperiode zusammen. Im September 2021 wurde neu gewählt, eine Fortsetzung der regierenden Großen Koalition war unwahrscheinlich. Dennoch wurden zahlreiche Anträge eingebracht und behandelt. Als Tagesordnungspunkt 45d wurde ein Antrag der Regierungsfractionen CDU/CSU und SPD aufgerufen,

der den Titel „Industriekultur in Deutschland gezielt fördern“ trug. Das Protokoll vermerkte: „Drucksache 19/30982. Wer stimmt für diesen Antrag? – Fraktion Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU/CSU. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Fraktionen von FDP und AfD. Der Antrag ist damit angenommen.“ Offensichtlich gab es keine Debatte, das Pensum der abzuarbeitenden Anträge war an diesem Tag überdurchschnittlich groß.

Tatsächlich wurde mit diesem Antrag das Thema Industriekultur auf der Bühne des nationalen Parlamentes zum ersten Mal explizit behandelt und das auch noch mit einer über die Große Koalition weit hinausreichenden Zustimmung. Doch was genau wurde an diesem Tag beschlossen und was waren die Hintergründe?

Parallel zum ersten Beschluss des Deutschen Bundestages über eine Bundesstiftung Industriekultur verstärkte die Europäische Union die Debatte um eine eigenständige EU-Industriepolitik. Im Umfeld der Europawahl 2019 und inmitten der Brexit-Debatte gingen erste Aufforderungen an den Rat der EU und die EU-Kommission zur Entwicklung einer EU-Industriepolitik. Diese bauten auf Überlegungen auf, die seit der Finanzkrise 2008 an Bedeutung gewannen. „Europa muss proaktiv den Weg hin zu einer ganzheitlichen Industriepolitik ... einschlagen, um den technologischen Wandel bewältigen zu können und die globale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirt-

¹ In Teilen beruht dieser Beitrag auf einem Artikel von Joseph Hoppe in der Zeitschrift Forum Geschichtskultur Ruhr, 1/2024. Wir danken der Redaktion für die Nutzungsgenehmigung.

schaft sicherzustellen,² formulierte der maltesische Minister Chris Cardona, damals Vorsitzender des Rates, im Mai 2017.

In 2020 und dann – verstärkt durch die globale Pandemie-Krise und die Erfahrungen der Verletzlichkeit globaler Handelsbeziehungen – in 2021 mündete diese Debatte um De- und Reindustrialisierung in erste Beschlüsse zu einer neuen Industriepolitik in Europa, die von EU-Kommission, Parlament und Ministerrat gleichermaßen getragen werden.

Dagegen galt die Aufmerksamkeit im Deutschen Bundestag im Juni 2021 kurz vor den Bundestagswahlen vorrangig anderen Themen. Umso mehr wurde in der Community der Industriekultur die Entstehung des Antrags zur Förderung der Industriekultur mit Aufmerksamkeit verfolgt, und seine Annahme mit einem gewissen Stolz, aber auch mit großen Erwartungen registriert.

INDUSTRIEPOLITIK UND INDUSTRIEKULTUR IN EUROPA

Neben der Wertschätzung für langjährige, meist ehrenamtlich geleistete Arbeit verspürte die Industriekultur-Szene plötzlich Unterstützung für ihre Ideen, die über eine denkmalpflegerische Industriekultur („Industrial Heritage Conservation“ und „Industrial Archaeology“) hinaus inzwischen als „lebendige Industriekultur“ titulierte wurden. Bereits am 22. März 2018 hatten die Partner im EU-Projekt „Indu Cult 2.0“ die Ziele der „Transformative Power of Industrial Culture“ im EU-Parlament in Brüssel zur Diskussion gestellt und anschließend eine gemeinsame Absichtserklärung zur Zusammenarbeit im ERIH-Netzwerk (Europäische Route der Industriekultur) unterzeichnet.

Der EU-Abgeordnete Reinhard Bütikofer erklärte die Notwendigkeit einer neuen europäischen Industriepolitik aus der Deindustrialisierung. „Seit Anfang der Finanzkrise 2008 hat die EU knapp 12 Prozent des verarbeitenden Gewerbes verloren. Damit gingen über 3,8 Millionen Jobs verloren. (I)n den letz-

ten 15 Jahren (ist) in Europa der gesamte Anteil der Industrie am europäischen Brutto Sozialprodukt von 20 Prozent auf 15 Prozent gesunken. Wir brauchen eine industrielle Kehrtwende, die auf Nachhaltigkeit ruht. Dafür braucht es eine europäische Industriepolitik.“³

Aus diesem neuen Bewusstsein für die grundlegende Bedeutung einer Transformation der Industrien in Europa und im weltweiten Wettbewerb entstanden der „New Green Deal“ und dann im März 2024 der „Critical Raw Materials Act“ als erste konkrete Beschlüsse zu wichtigen geoökonomischen Vorhaben der EU. „Die Lehren aus der COVID-19-Krise zeigen, dass die EU ihre offene strategische Autonomie ausbauen muss, um die Position Europas als globaler Akteur zu stärken, der widerstandsfähig ist, die Verantwortung für seine Zukunft übernimmt und in der Lage ist, seine eigene Agenda durchzusetzen. ... In diesem Zusammenhang ist die Sicherung des Zugangs zu kritischen Rohstoffen eine grundlegende und notwendige Voraussetzung für einen erfolgreichen Übergang zu einer grünen und digitalen Wirtschaft.“ (Pedro Siza Vieira, portugiesischer Staatsminister für Wirtschaft und digitalen Wandel)

Auf den Green Deal und begleitende Initiativen wie „New European Bauhaus“ soll der „Net Zero Industrial Act“ folgen. Industrie bekommt in Europa ein neues Gewicht.

GENESE DES ANTRAGS ZUR FÖRDERUNG DER INDUSTRIEKULTUR

Deutschland ringt in diesem Konzert um seine Rolle und um die Bedeutung der Industrie einst, jetzt und morgen. Der Antrag im Bundestag zur „Förderung der Industriekultur“ war Ausdruck dieser Positionierung zwischen De- und Re-Industrialisierung. Das wird deutlich im umfangreichen Text des Antrags. Erarbeitet wurde er von der SPD-Abgeordneten Katrin Budde, die aus Sachsen-Anhalt stammt und den

2 Vgl. <https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2017/05/29-30/> (letzter Zugriff am 08.06.2024).

3 Vgl. Reinhard Bütikofer, Reingard: Grüne Industriepolitik für Europa, o.O. o.J., <https://reinhardbuetikofer.eu/wp-content/uploads/2014/10/PE-Industrial-Policy-DE-web.pdf> (letzter Zugriff am 06.03.2025).

Wahlkreis Mansfeld-Süd mit Nachbarregionen im Bundestag vertrat. Katrin Budde ist diplomierte Ingenieurin und gehört zu den Gründungsmitgliedern der Ost-SPD, hat lange im Landtag von Sachsen-Anhalt Politik gemacht, war dort Ministerin für Wirtschaft und Technologie, und ist 2017 auf die Bundesebene gewechselt. Ihre Arbeitsfelder sind vor allem Arbeit und Wirtschaft; durch ihre einschlägigen Erfahrungen mit den Umbrüchen in den Produktionsstrukturen der ehemaligen DDR hat sie ein besonderes Sensorium für Transformationsprozesse mit den Folgen für einzelne Menschen, ganze Regionen und die Gesellschaft. Entwürfe des Antragstextes kursierten vorab in diversen Netzwerken mit der Bitte um Stellungnahme und Ergänzungen. Offensichtlich hat die Schwarmintelligenz der Netzwerke in Verbindung mit einer kompetenten und erfahrenen Politikerin gut funktioniert. Der Text greift erstaunlich viele Themen und Probleme der aktuellen Arbeit in und mit der Industriekultur auf und entwirft ein ganzes Bündel von Maßnahmen und Ideen.

Währenddessen intensivierten in der Industriepolitik die globalen Wettbewerber ihre Anstrengungen, zu einer Neubewertung der Industrie zu kommen. Industriekultur ist Teil dieser Strategien. In China entstand 2018 eine erste „Liste zum Schutz des industriellen Erbes“, die seitdem auf hunderte Orte und Objekte anwuchs. Die Industrialisierung des 20. Jahrhunderts ist inzwischen ein wesentlicher Baustein der gesellschaftlichen, auch der historischen Identität. Nicht anders als im Ruhrgebiet oder im Rust Belt der USA, auf die sich die chinesischen Vertreter der Industriekultur ausdrücklich beziehen, werden alte Fabriken und Industrie-Infrastrukturen überall zu neuen Chancen für Stadtentwicklung, Tourismus und zu Angeboten der neuen Arbeit. „Dritte Orte“ in ihrer Faszination und Vielfalt entfalten innovatives Potenzial, sind wertvolle „graue Energie“ und entwickeln sich schließlich zum strategischen Instrument des Übergangs zwischen dem mechanistisch-elektrischen Zeitalter der Industriearbeit und ihrer Digitalisierung, zwischen Trauerarbeit und Zukunftshoffnung.

Industriekultur und Industriepolitik sind in Europa inklusive Großbritannien, in China und den USA parallele, sich bedingende Prozesse der Transformation.

INHALT DES ANTRAGS ZUR FÖRDERUNG DER INDUSTRIEKULTUR

Der erste Teil des Antragstextes geht auf die geschilderten Debatten nicht explizit ein, sondern stellt die Rolle und das Verständnis von Industriekultur vor dem Hintergrund einer nun schon weit über 150-jährigen Geschichte der Industrialisierung und Deindustrialisierung in Deutschland dar. Der Schwerpunkt der Argumentation liegt jedoch vorrangig nicht darin, Industriekultur an den Kanon der sogenannten Hochkultur anzuschließen, sondern deren Potenziale im Hinblick auf zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen darzulegen: „Stätten der Industriekultur werden zu Museen, zu Veranstaltungsorten, zu Kulturorten oder auch zu Dienstleistungszentren. So werden sie zugleich zu Orten des Bewahrens, der Transformation sowie zu Räumen der Kreativität und Innovation, die als ‚Labore der Zukunft‘ zeigen, wie die Arbeits-, Technik- und Lebenswelt von gestern als Impuls für heute und morgen genutzt werden kann. Indem sie sich neuen Entwicklungen und Nutzungen anpassen, werden sie zu Katalysatoren einer Entwicklung, die uns viele Fragen neu stellt – Digitalisierung, Globalisierung, Nachhaltigkeit, Klimawandel und Migration – und helfen uns zugleich, innovative Antworten darauf zu finden. Das industriekulturelle Erbe hat städtebaulich, wirtschaftlich, touristisch und kulturell ein enormes Entwicklungspotenzial. Dieses gilt es zu nutzen und zu fördern. Industriekulturelle Bauten können zu sogenannten Dritten Orten werden, Räume für Kulturschaffende und Kreative bieten.“⁴

Der Antragstext schließt mit einer beachtlichen Aufzählung konkreter Maßnahmen, die für sinnvoll und notwendig gehalten werden, um die Ziele des Antrags zu erreichen, nämlich eine lebendige Landschaft der Industriekultur in der Bundesrepublik zu erhalten und zu fördern:

⁴ Vgl. Industriekultur in Deutschland gezielt fördern. Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, Deutscher Bundestag, DS 19/30982, 22.06.2021, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/309/1930982.pdf> (letzter Zugriff am 06.03.2025).

„Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel und der Zuständigkeit des Bundes

1. ein Sonderprogramm „Lebendige Industriekultur“ zu schaffen und dieses mit 50 Millionen Euro jährlich auszustatten. Schwerpunkte des Programms sollen investive Maßnahmen zur Kultur- und Denkmalpflege sein, welche auch den Wandel der Arbeitswelt sichtbar werden lassen können und Bildung und Tourismus zugutekommen;
2. die internationale Vernetzung und den Informationsaustausch zu intensivieren;
3. die Förderung ausgewählter Projekte der Industriekultur als langfristige Aufgabe zu sehen und entsprechend im Bundeshaushalt strukturell zu verankern;
4. die Deutsche Zentrale für Tourismus, die im Auftrag der Bundesregierung im Ausland für Deutschland als Reiseland und in diesem Zusammenhang auch für die Industriekultur in Deutschland wirbt, weiter zu fördern;
5. die Erhaltung des Industriekulturerbes mit den Ländern und Kommunen abzustimmen;
6. bei der Förderung ehemaliger Industrieanlagen sowie ehemaliger Industriestandorte die Nachhaltigkeit zu gewährleisten und neue Wege bei der Vereinbarkeit von Denkmalschutz und Energieeffizienz zu erproben;
7. durch weitgehende Barrierefreiheit bei der Sanierung der Bauten soweit möglich allen Menschen die Möglichkeit zu geben, diese Orte besuchen zu können;
8. verstärkt Bauten der Industriekultur in den ländlichen Räumen zu fördern, da damit auch touristische und wirtschaftliche Aspekte für die strukturschwachen Regionen verbunden sind;
9. den Strukturwandel „Kohleausstieg“ als Herausforderung und Chance für die Industriekultur zu nutzen, ihn zu einer Triebkraft für die nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft zu machen und die Menschen vor Ort dabei einzubinden;
10. ehrenamtliches Engagement im Bereich der Industriekultur zu würdigen;
11. sich bei den Ländern dafür einzusetzen, dass diese sich für die Aufnahme weiterer außerge-

wöhnlicher Orte der deutschen Industriekultur in die Europäische Route der Industriekultur stark machen.“⁵

Mit einer Fördersumme von 50 Millionen Euro wird ein namhafter Betrag aufgerufen, der für die kleinteilige und meist vom Ehrenamt getragene Szene der Industriekultur in Deutschland eine neue Qualität bedeuten würde. In den Forderungen werden alle Stichworte aufgeführt, die aktuell und zukünftig die Arbeit mit der Industriekultur bestimmen werden: Internationale Vernetzung, Nachhaltigkeit, energetische Effizienz, ländliche Räume und touristische Inwertsetzung.

CHARAKTER DES ANTRAGS ZUR FÖRDERUNG DER INDUSTRIEKULTUR

Wie schon der Zeitpunkt der Verabschiedung des Antrags erahnen lässt, war an eine Umsetzung trotz breiter Zustimmung im Bundestag vorerst nicht zu denken. Diese Art von Anträgen hat ohnehin eher appellativen Charakter und verpflichtet die zuständigen Ministerien nicht, unmittelbar tätig zu werden, erst recht nicht zum Ende einer Legislaturperiode. Insofern durfte man gespannt sein, wie eine nach der Wahl neu zusammengesetzte Bundesregierung auf die Intention des Antrags reagieren würde.

INDUSTRIEKULTUR ODER INDUSTRIELLES WELTERBE? EINE ÜBERRASCHENDE PRESSEKONFERENZ

Am 14. und 15. Oktober 2021 fand auf der Zeche Zollverein ein großer Kongress statt, zu dem die Stiftung Zollverein eingeladen hat. Der Titel der Veranstaltung war programmatisch gewählt: „Industrielles Welterbe. Chance und Verantwortung“, die Auswahl der Panel-Besetzungen war exquisit und international ausgerichtet, der Kongress dementsprechend sehr gut besucht und beeindruckend in der Qualität.

5 Vgl. ebd.

Interessant in unserem Zusammenhang war die Pressekonferenz, auf der die sieben Welterbestätten der Industriekultur in Deutschland eine gemeinsame Erklärung vorstellten. In dieser Erklärung bezogen sich die Unterzeichner zunächst positiv auf den oben zitierten Antrag vom Juni 2021, unternahmen aber in der Folge eine überraschende Deutung der Intentionen: Die sieben Welterbestätten schlugen konkret die Gründung einer Stiftung vor, die vor allem die Arbeit dieser Einrichtungen unterstützen möge und deren Ausstattung sich an den Beträgen orientieren solle, die der Bund für die großen Trägereinrichtungen des „postkolonialen Erbes“ aufwendet. Es lässt sich ableiten, dass an eine Größenordnung von gleichfalls mehreren hundert Millionen Euro gedacht war.

Konkret stellte man sich die Konstruktion so vor: „Die Schaffung einer eigenständigen Rechtspersönlichkeit in Form einer Stiftung ermöglicht dem Bund als Zuwendungsgeber eine Mitwirkung in den Gremien. Zugleich gibt diese Dachorganisation den sieben Welterbestätten mit ihren diversen Trägerkonstruktionen die Möglichkeit, im unmittelbaren Zusammenwirken gemeinsame Projekte zu erarbeiten und Standards zu setzen, um die Qualität der Förderung und des Erhalts der Industriekultur in Deutschland insgesamt weiter zu steigern.“⁶

Die Fokussierung einer Förderung von Industriekultur auf die sieben Welterbestätten löste nach Bekanntwerden der Verlautbarung Irritationen bei vielen Gästen des Kongresses aus, die die vielfältige Breite der Industriekultur in Deutschland repräsentierten. Im Nachhinein kann man den Initiatoren der Verlautbarung jedoch ein Kompliment zum Timing machen: Die Koalitionsverhandlungen nach der Wahl am 26. September 2021 waren angelaufen, es würde eine neue Koalition geben, angeführt von der SPD, von der man sich viele neue Akzente bei politischen Vorhaben versprechen konnte.

INDUSTRIELLES WELTERBE IM KOALITIONSVERTRAG

Am 24. November 2021 wurde der neue Koalitionsvertrag der Ampel unter dem programmatischen Titel „Mehr Fortschritt wagen“ veröffentlicht. Tatsächlich wurden hier in mancher Hinsicht neue Ziele und Wege beschrieben, und es taucht auch das Thema Industriekultur auf, zwar sehr knapp, aber die Botschaft ist eindeutig: „Wir wollen das bauliche Kulturerbe nachhaltig sichern, zugänglich machen und das Denkmalschutzsonderprogramm unter ökologischen Aspekten weiterentwickeln. Wir schaffen eine ‚Bundesstiftung industrielles Welterbe‘ [...]“⁷

Damit war das Thema einer nationalen Fördereinrichtung verbindlich auf die Agenda der neuen Regierung gesetzt. Die Zuständigkeit für die Umsetzung lag nach der Auslegung des Vertrages bei der Beauftragung für Kultur und Medien, also dem Ressort, das von Claudia Roth (Die Grünen) geführt wurde. Allerdings wirkte die Ausformulierung wiederum wie eine Bestätigung der Intentionen der sieben Welterbestätten, die sich zuvor auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt hatten. Während man also in Hamburg, im Ruhrgebiet, in Alfeld, Augsburg, Goslar, Völklingen und Augsburg und im Erzgebirge, also an den Orten der Welterbestätten, Grund zum Feiern sah, rührte sich in der bundesweiten Industriekultur-Community mit ihren kleinen und mittleren Einrichtungen Unmut. In verschiedenen Netzwerken begann eine Diskussion darüber, wie man auf die im Koalitionsvertrag getroffene Festlegung reagieren könne. Angesichts der chronischen Unterfinanzierung vieler Initiativen und Projekte in der Fläche wurde eine privilegierte Förderung der Welterbestätten als dysfunktional und ungerecht empfunden.

Zunächst in kleineren Kreisen, dann in großen Online-Meetings mit dutzenden Industriekultur-Einrichtungen artikulierten sich Missmut, Unverständnis und Widerspruch. Zugleich fanden erste Konsulta-

6 Künftige Förderung der Welterbestätten Industriekultur. Erklärung zur Gründung einer Bundesstiftung „Welterbe Industriekultur“ der sieben Welterbestätten [...] vom 15. Oktober 2021; https://www.welterbeimharz.de/fileadmin/user_upload/05_presse/Pressemitteilungen/Verlautbarung_Instruktulturkultur.pdf (letzter Zugriff am 06.03.2025).

7 Vgl. Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit (Koalitionsvertrag 2021–2025 zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP), www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf (letzter Zugriff am 06.03.2025).

tionen mit der BKM und Bundestagsabgeordneten statt, um zu eruieren, wie die knappe Formulierung im Koalitionsvertrag genau zu verstehen sei. Weit überwiegend wurde von den Angesprochenen die Einschätzung vertreten, dass die Konzentration einer nationalen Förderung allein auf die Welterbestätten politisch doch nicht gewollt sei. Auch aus dem Bauministerium oder dem Ministerium für Arbeit und Soziales war zu hören, dass es zur Frage einer konkreten Ausgestaltung der geplanten Bundesförderung in Sachen Industriekultur noch Gesprächsbedarf und mehr offene als geklärte Punkte gebe. Sehr oft fiel der Satz, dass ein solches Bundesprogramm nicht in Steine, sondern in Köpfe investieren müsse.

DIE SZENE ORGANISIERT SICH

Erstmals organisierte sich als Reaktion auf diese Diskussionen ein Netzwerk, das weit über die in der Europäischen Route der Industriekultur (ERIH) Deutschland vertretenen Projekte hinausging. Engagierte Einzelpersonen meldeten sich, aber auch übergeordnete Vereinigungen wie die Fachgruppe der Technischen Museen im Deutschen Museumsbund oder die AG Industriedenkmalpflege im Dachverband der Landesdenkmalpfleger, und boten ihre Unterstützung an. Die Ausformulierung eines *Mission Statements* der gesamten Industriekultur-Community wurde angestoßen; Ziel sollte die bessere Erkennbarkeit von Selbstverständnis und Zielen der vielfältigen Industriekultur-Szene sein. Zugleich fanden erste Gespräche mit den sieben Welterbestätten statt. Dort hatte man inzwischen registriert, dass es einen ernstzunehmenden Gegenwind gab.

In gemeinsamen Runden von sieben Vertretern der Industriekultur-Community und den sieben Welterbestätten (AG 7+7) stellte sich heraus, dass es mehr Gemeinsames als Trennendes in den Interessen und Wünschen gibt. Beide Seiten teilten zudem die Einschätzung, dass es dem Anliegen einer nationalen Industriekultur-Förderung nicht zweckdienlich sei, wenn sich rivalisierende Argumentationen in den notwendigen Auseinandersetzungen mit den politisch Verantwortlichen zu Wort melden würden.

Als ersten Schritt einer Kooperation und einer klaren Ausformulierung von Interessen verabredeten

beide Seiten, dass bei allen Initiativen und Einrichtungen, die sich in den bisherigen Diskussionen engagiert hatten, eine Umfrage gestartet werden sollte, um Bedarfe und Notwendigkeiten für eine Förderstrategie in Sachen Industriekultur besser begründen und vortragen zu können. In gemeinsamer Arbeit entwickelte die AG 7+7 einen umfangreichen Fragebogen, der deutschlandweit an alle Akteure und Projekte verteilt wurde. Zum ersten Mal entstand ein umfassendes thematisches Bild der deutschen Industriekultur-Landschaft und nebenbei ein Verteiler, in dem ein Kataster dieser Landschaft sichtbar wurde. Im Februar 2023 lag die Auswertung der Befragung vor. Als nächsten Schritt beschloss die AG 7+7 in Abstimmung mit ihren jeweiligen Netzwerken die Erarbeitung einer gemeinsamen Erklärung, die zukünftig die Grundlage eines einvernehmlichen Vorgehens bilden sollte.

DIE NÜRNBERGER ERKLÄRUNG ZUR INDUSTRIEKULTUR

Schon einen Monat später war eine erste Fassung fertiggestellt. Am 27. März 2023 fand im Nürnberger Museum Industriekultur das jährliche Treffen von ERIH Deutschland statt. Diesmal waren alle Akteure, die sich an den bisherigen Diskussionen über die geplante Bundesstiftung beteiligt haben, eingeladen, weil die vorbereitete Erklärung vorgestellt und verabschiedet werden sollte. Dass ausgerechnet Nürnberg der Ort war, an dem die Erklärung verabschiedet werden sollte, wurde als ein gutes Omen betrachtet, hat doch ein modernes Verständnis von Industriekultur in den 1980er Jahren durch die Arbeiten von Hermann Glaser und seinen Mitstreitern in Nürnberg seine erste Ausformulierung erfahren.

Gerade Hermann Glasers wegweisenden Überlegungen ist es zu verdanken, dass Industriekultur von Anfang an historische Spuren, Traditionen und gesellschaftliche Gewohnheiten miteinander – und mit der Zukunft – verbinden will. „Wer dem Alltag unserer unmittelbaren Vergangenheit auf der Spur ist, der befindet sich auf einer besonders existentiellen Fährte. Hier begegnet das ‚breite Publikum‘ sich selbst und hat keine besonderen Schwierigkeiten, die Werke und Dokumente der Vergangenheit zu verste-



ABB. 1 ERIH Deutschland Dialog im Museum Industriekultur nach der Verabschiedung der Nürnberger Erklärung, 27. März 2023

hen; denn diese ist in der Familienerinnerung noch präsent. Industriekultur erweist sich als eine zugleich vergangene wie weiterwirkende Epoche. Die Grenzen des Wachstums lassen uns nach den Ursprüngen des Wachstums fragen; die Angst vor der Zukunft fordert die Überprüfung der Glückserwartung von damals. Mit der Industriekultur beginnt ‚unsere‘ Geschichte.“⁸

Es geht der Industriekultur seit Glaser um eine konkrete „Sozialgeschichtsschreibung von unten“. Oder, wie es die detektor.fm-Journalistin Joana Voss in ihrem Podcast „Nach der Kohle“ zum Strukturwandel im Jahr 2024 formulierte: „Die Auseinandersetzung um die große Transformation, den Strukturwandel, ist immer auch eine emotionale, ein Aufeinandertreffen von unterschiedlichen Vorerfahrungen und ein produktiver Austausch über Befindlichkeiten.“⁹

Glaser hat es 1981 ähnlich vorhergesehen: „Eine demokratische Geschichtsbetrachtung darf sich ... nicht ‚steriler Ableitungslogik‘ überantworten; sie

sollte in der Gesellschaft einen ‚Wärmestrom‘ induzieren, wie er sich aus der Zuwendung zur Alltagserfahrung ergibt. Die ‚Kopfgeburten‘ objektivierter Einsicht sind notwendig; sie können Phänomenen auf den Begriff verhelfen. Doch ist solche Einsicht immer wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen; die Fülle empirischer Faktizität ist zudem an individueller Eigenart ‚festzumachen‘“¹⁰

Angesichts dieser Dimensionen in den Debatten um Begriffe und Ziele konnte der vorbereitete Text der „Nürnberger Erklärung“ im Plenum des ERIH Deutschland-Treffens am 27. März 2023 nicht ohne weiteres verabschiedet werden (Abb. 1). Es gab zahlreiche Hinweise und Vorschläge, die vor Ort aufgenommen wurden. Nach einer sehr engagierten Diskussion war es so weit. Die neue Fassung wurde noch einmal verlesen und dann einstimmig bestätigt: Ein durchaus bedeutender und bewegender Moment, wie alle Anwesenden zum Ausdruck brachten.

Unter dem Titel „Für eine lebendige Industriekultur“ nimmt der Text zunächst eine Ortsbestimmung vor: „Aktuell befindet sich unsere Gesellschaft in einer tiefgreifenden Transformation, in der die Industriekultur mit ihren materiellen und immateriellen Zeitzeugnissen ein Schmelztiegel für die Fragen von heute und morgen ist. Im Rahmen ihrer thematischen

⁸ Glaser, Hermann: Industriekultur und demokratische Identität, 10.10.1981; <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/532074/industriekultur-und-demokratische-identitaet/> (letzter Zugriff am 06.03.2025).

⁹ Vgl. NachderKohle, Folge 12: StadtausEisen, 13.04.2024, <https://detektor.fm/gesellschaft/nach-der-kohle-folge-12-ferropolis> (letzter Zugriff am 06.03.2025).

¹⁰ Glaser 1981 (wie Anm. 8).

Neuausrichtung beschäftigt sie sich nicht allein mit einer traditionellen Kulturgeschichte des industriellen Zeitalters. Vielmehr entwickeln sich die industriekulturellen Stätten vielerorts zu Zukunftslaboren für künftige Arbeits- und Lebenskonzepte. Sie stehen für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt im postfossilen Zeitalter und sind Orte einer neuen Auseinandersetzung der Zivilgesellschaft mit gesellschaftlicher Transformation, Nachhaltigkeit, Diversität und Klimaschutz bzw. -anpassung.“¹¹

Damit öffnet sich die Nürnberger Erklärung den Debatten um einen umfassenden gesellschaftlichen Transformationsprozess, der nicht primär als Gefahr, sondern als Chance interpretiert wird. Die zentralen Begriffe signalisieren, dass sich auch die Arbeit an und mit der Industriekultur in einer Transformation befindet und eine neue Generation von engagierten Professionals und Ehrenamtlichen bereit ist, neue Kapitel aufzuschlagen und neue Wege zu gehen: Industriekultur jenseits von Musealisierung und offen für weitere Handlungsoptionen.

Aus den Ergebnissen der Befragung von über 150 Akteuren und Einrichtungen können eine Reihe von konkreten Bedarfen und Forderungen abgeleitet werden:

- „1. Vergabe der Bundesförderung: 72 % sprechen sich dafür aus, dass eine Bundesstiftung Programmlinien für das Feld der Industriekultur erarbeitet und danach die Mittel vergibt. Ganz deutlich wird der Wunsch nach einem zentralen Ansprech- und Förderpartner auf Bundesebene für alle Stätten der Industriekultur in Deutschland, insbesondere im Hinblick auf die Vernetzung der Orte und Initiativen, deren programmatische Stärkung und Professionalisierung.
2. Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Information und Beratung zu Fördermitteln: 70 % halten dies für sinnvoll und notwendig.

3. Erarbeitung gemeinsamer Projekte und Standards: 70 % sprechen sich dafür aus, wissenschaftlich fundierte Qualitätsstandards für Förderung und Erhalt der Industriekultur zu definieren. [...]
4. Gemeinsames Kultur- und Tourismusmarketing: Obgleich bereits 66 % der Befragten in diverse Aktivitäten zum Kultur- und Tourismusmarketing eingebunden sind, sind nur 25 % der Befragten mit den Effekten zufrieden. Es gibt somit ein deutliches Potenzial für Content-Kampagnen, die von der Bundesstiftung initiiert und koordiniert werden können.
5. Wissensplattform für die Förderung und den Erhalt von Industriekultur: Einschlägige Tagungen, Kongresse und Workshops (Abb. 2) werden von fast allen Befragten regelmäßig besucht, doch wünschen sich von der Bundesstiftung 54 % ein verstärktes bundesweites Angebot zu einem breiten Themenspektrum. [...] Ein besonderer Fokus liegt dabei auf gesellschaftlicher Transformation sowie Konversion, Nachhaltigkeit, Klimawandel, Zukunft der Arbeit, auch im Hinblick auf deren Vermittlung in der Kinder- und Jugendbildung.“¹²

Den finalen Text der Erklärung versandten in der Folge Meinrad Grewenig als ERIH-Präsident und Oliver Scheytt als Vertreter der Welterbestätten an Staatsministerin Claudia Roth (BKM) und die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien, Katrin Budde MdB, mit der expliziten Bitte um ein Gespräch als Reaktion auf diese Proklamation, die nun von allen Initiativen und den sieben industriekulturellen Welterbestätten getragen wurde. Umgehend gab Katrin Budde zu verstehen, dass sie sich des Themas annehmen wolle und eine weitere parlamentarische Initiative in Gang setzen werde, wohingegen eine Antwort der Staatsministerin Claudia Roth lange auf sich warten ließ.

11 Vgl. Für eine lebendige Industriekultur (Nürnberger Erklärung), https://www.erih.de/fileadmin/Mediendatenbank/Downloads/5_WHAT_IS_NEW/Nuernberger_Erkl%C3%A4rung_zur_Industriekultur.pdf (letzter Zugriff am 06.03.2025).

12 Ebd.

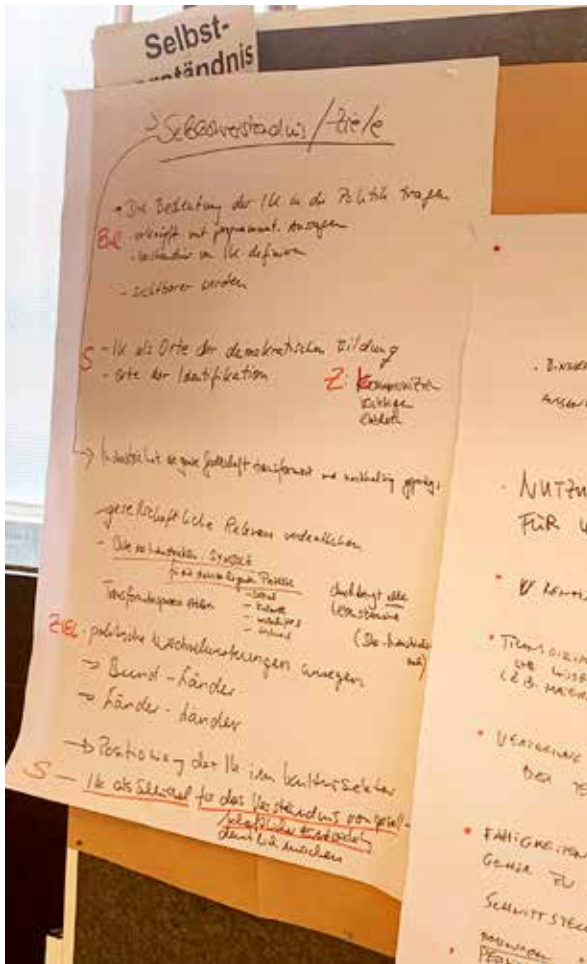


ABB. 2 Workshop beim ERIH Deutschland Dialog in Essen am 29. Mai 2024 zu Aufgaben eines künftigen Bundesverbandes

FACHGESPRÄCHE IM AUSSCHUSS FÜR KULTUR UND MEDIEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGS

Als nächsten Schritt bereitete Katrin Budde mit ihrem Büro eine Serie von Fachgesprächen vor, zu denen sie gemeinsam mit ihren Kollegen des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages einlud, namentlich Thomas Hacker MdB (FDP) und Michael Sacher MdB (Die Grünen) aus der Ampel-Koalition (Abb. 3). Die erste Anhörung fand am 13. Dezember 2023 statt, die weiteren am 31. Januar, am 13. März und am 10. April 2024. Eingeleitet wurden die Anhörungen jeweils mit Statements von Expertinnen und Experten, es folgt eine Aussprache

mit zahlreichen eingeladenen Professionals aus dem gesamten Bundesgebiet. Jedes Fachgespräch war einem speziellen Thema gewidmet:

1. Stätten der Industriekultur als Orte kultureller und wirtschaftlicher Neunutzung,
2. Gesellschaftliche Transformation, Zukunft der Arbeit, Nachhaltigkeit, Klimawandel, Migration,
3. Regionale Identitäten, Erinnerungskultur,
4. Regionale Entwicklungen, Neue Landschaften, Industriekulturtourismus.

Der Kreis der eingeladenen Gäste, Referentinnen und Referenten bildete das vielgestaltige Spektrum der Industriekultur ab, die Beiträge waren kompetent und instruktiv (Abb. 4). Alle Informationen, Anstöße und Anregungen aus diesen Runden wurden notiert und ausgewertet. Ziel der Abgeordneten im Ausschuss war es, einen Antrag vorzubereiten, durch den eine Stiftung begründet wird, deren Verfassung, Aufgaben und Arbeitsrichtlinien im Text des Antrags möglichst präzise und eindeutig beschrieben werden sollten. Für die Ausformulierung des Gesetzestextes sollten die Inputs aus den Fachgesprächen und die Ausarbeitungen einer kleinen Arbeitsgruppe der Community genutzt werden, die basierend auf der Analyse vergleichbarer Stiftungen detaillierte Vorschläge für die Aufstellung und Aufgaben einer Bundesstiftung Industriekultur entwickelt hatte.

FAZIT

Jahrelange Bemühungen um eine nationale Förderung der Industriekultur und die damit einhergehende Anerkennung als herausragendes Kulturgut und besonderes gesellschaftliches Potenzial sind endlich auf einem guten Weg. Parallel zur Errichtung einer Bundesstiftung wird die Community der Industriekultur den erkennbaren Weg der Selbstorganisation weiterbeschreiten, die Schaffung einer gemeinsamen bundesweiten Vertretung der Industriekultur-Szene ist unerlässlich. Beim Deutschland-Dialog von ERIH am 28. Mai 2024 auf Zeche Zollverein wurden erste konkrete Überlegungen einer Arbeitsgruppe zum Thema vorgestellt, intensiv diskutiert und als wegweisend begrüßt und gewürdigt. Damit hat auch die



ABB. 3 Die Initiatoren Katrin Budde, MdB, SPD, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien, Thomas Hacker, MdB, FDP, Michael Sacher, MdB, Die Grünen, bei dem Fachgespräch am 13. Februar 2024



ABB. 4 Blick ins Plenum beim Fachgespräch am 13 Februar 2024

Diskussion um die Selbstorganisation der Community eine neue Qualität bekommen; sie hat an Selbstverständnis und Selbstbewusstsein gewonnen und zeigt sich konzeptionell den geänderten Herausforderungen gewachsen.

Die die umfassend vorbereitete Gründung des Bundesverbandes Industriekultur Deutschland e.V. ist als Ergebnis dieser neuen Bewegung unter Beteiligung vieler Akteure der Community am 1. April 2025 auf Zeche Zollern in Dortmund erfolgt. Leider hat das frühe Ende der Ampel-Koalition eine Verabschiedung des gleichzeitig fertig erarbeiteten Gesetzesentwurfes für die Errichtung einer Bundesstiftung Industriekultur fürs erste vereitelt. Der Bundesverband wird sich nach seiner Konstituierung mit dem Thema erneut befassen.

AUSBLICK

Die europäische und weltweite Dimension des Industriekultur-Themas als Ausdruck der „großen Transformation“ erfordert eine bundesweite Positionierung

und weitere Qualifizierung des industriekulturellen Diskurses, was ein staatliches Engagement in Sachen Industriekultur zur Verstärkung der regionalen und lokalen Industriekultur-Arbeit notwendig macht.

Emotion und Wissen, ratio und emotio, bieten mehr als Nostalgie: „Wir müssen wieder lernen, aus den Eindrücken von ‚Abdrücken‘ individueller Subjektivität Geschichte abzulesen. Der ‚Erlebniskomplex‘ verknüpft Bewusstes und Unbewusstes, Faktisches und Symbolisches, Stoffliches und Strukturelles. Gefährdet wird die Aneignung von Industriekultur durch Nostalgie: als vermarkteter Erinnerungsromantizismus macht sie aus der vergangenen Zeit eine gute alte Zeit. ‚Trödelkultur‘, Kultur aus der Boutique oder vom Flohmarkt; Kultur allein als sinnlicher Reiz, ohne Reflexion genossen, bringt keine Identität zuwege.“¹³

Die zukünftige Arbeit an der lebendigen Industriekultur stärkt die europäische und auch globale Transformation, indem sie erforscht und erklärt, warum Industrie ständigem Wandel unterliegt und wie dieser in der Spannung zwischen Zukunftsangst und Fortschrittserwartung gelingen kann.

13 Glaser 1981 (wie Anm. 8).



VERZEICHNIS DER AUTOR:INNEN

Prof. Dr. Helmuth Albrecht ehem. Direktor des Instituts für Industriearchäologie, Wissenschafts- und Technikgeschichte (IWTG), TU Bergakademie Freiberg.

Dr.-Ing. Leo Bockelmann Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Johann Heinrich von Thünen-Institut, Braunschweig.

Sindy Brandt Projektkoordinatorin, Tourismusverband Lausitzer Seenland e. V., Touristisches Netzwerk Industriekultur in Brandenburg.

Fridtjof Florian Dossin M. A. Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät Architektur und Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar.

Dipl.-Ind.Arch. Jane Ehrentraut Referentin für Technische Denkmale am Landesamt für Denkmalpflege Sachsen in Dresden, Abteilung Gebietsdenkmalpflege.

Dr. Michael Farrenkopf Leiter des Montanhistorischen Dokumentationszentrums (montan.dok) am Deutschen Bergbau-Museum Bochum.

Dr.-Ing. Thomas Fischer Projektleiter Netzwerk Industriekultur Sachsen-Anhalt.

Prof. Dr. Manuel Frey Stiftungsdirektor der Kulturstiftung des Freistaates Sachsen.

Dr. Manuela Gander Wissenschaftliche Referentin, Museumsverband des Landes Brandenburg e. V., Potsdam.

Dipl.-Ing. Arch. Ute Hahn Fachbereichsleiterin Bauwesen der Stadt Zwickau.

Prof. Joseph Hoppe Leitung Berliner Zentrum Industriekultur (bzi).

Steve Ittershagen Geschäftsführer Welterbe Montanregion Erzgebirge e. V.

Dipl.-Ind.Arch. Katharina Jesswein Projektmanagerin Bildung und Vermittlung, Welterbe Montanregion Erzgebirge e. V.

Milena Karabaic M. A. Dezernentin für Kultur und Landschaftliche Kulturpflege des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) i. R.

Malte Krüger Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Industriearchäologie, Wissenschafts- und Technikgeschichte (IWTG), TU Bergakademie Freiberg.

Dipl.-Ing. (FH) Anita Kuisle M.A. Büro für Technikgeschichte, München.

Dipl.-Ind. Arch. Nico Kupfer Berliner Zentrum Industriekultur (bzi).

Katja Margarethe Mieth M.A. Direktorin der Sächsischen Landesstelle für Museumswesen, Chemnitz.

Andreas Murray Direktor des Tourismusverbandes Traunsee-Almtal, Gmunden/Österreich.

Dr. Christiane Müller Leiterin des Industriemuseums Lauf.

Anja Nixdorf-Munkwitz M.A. Vorstandsvorsitzende des Landesverbandes Industriekultur Sachsen e.V.

Raymond Plache Abteilungsleiter beim Sächsischen Staatsarchiv, Staatsarchiv Chemnitz.

Dr. Susanne Richter Geschäftsführerin des Zweckverbandes Sächsisches Industriemuseum, Chemnitz.

Dr. Björn Rodday Geschäftsführer der Stiftung Sayer Hütte, Bendorf-Sayn.

Janine Scharf Mitglied der Geschäftsführung von FERROPOLIS – Stadt aus Eisen.

Thies Schröder Mitglied der Geschäftsführung von FERROPOLIS – Stadt aus Eisen.

Dr. Nele van Wieringen Leiterin des Keramikmuseums Westerwald, Höhr-Grenzhausen.

Dipl.-Ind.Arch. Corinna Wobbe Referentin für Technische Denkmale am Landesamt für Denkmalpflege Sachsen in Dresden, Abteilung Gebietsdenkmalpflege.

Beitrag Albrecht

Abb. 1, 2 (S. 10): Privatbesitz Helmuth Albrecht

Abb. 3: © polyform. planen und gestalten Götzelmann Middel GbR

Beitrag Hoppe/Schröder

Abb. 1: © Museum Industriekultur Nürnberg

Abb. 2: © ERIH e. V.

Abb. 3, 4 (S. 32): © SPD-Bundestagsfraktion

Beitrag Müller

Abb. 1: Foto Stadtmuseum Sulzbach-Rosenberg

Abb. 2: Foto Erika Moisan

Abb. 3 (S. 44): Foto: Industriemuseum Lauf/Helmut Meyer zur Capellen

Abb. 4: Grafik: Margitta Grötsch, IFLG

Beitrag Kupfer

Abb. 1: SDTB, Hist. Archiv, Sig. V. – 1. G 0049

Abb. 2: SDTB, Hist. Archiv: Siemens Zeitschrift 8 (1928) 3, S. 151, Foto: unbekannt

Abb. 3: SDTB, Hist. Archiv: Siemens Zeitschrift 8 (1928) 3, Künstler: Anton Scheuritzel

Abb. 4: SDTB, Hist. Archiv, Sig. I.2.060 FS 063-3-25-18

Abb. 5: SDTB, Hist. Archiv, Sig. I.2.060 FS 063-2-16-07

Abb. 6: SDTB, Hist. Archiv, Sig. I.2.060 P 04691

Abb. 7: Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit, Foto: Matthias Steffen

Abb. 8: SDTB, Hist. Archiv, noch nicht verzeichneter Bestand des ehem. BEWAG-Archivs

Abb. 9: Geoportal Berlin/Denkmalkarte Berlin, bearbeitet: Nico Kupfer/bzi

Abb. 10: bzi, Foto: Andreas Muhs

Abb. 11 (S. 52): SDTB, Foto: Clemens Kirchner

Beitrag Brandt/Gander

Abb. 1: © Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH

Abb. 2, 9, 10: © Touristisches Netzwerk Industriekultur Brandenburg

Abb. 3: © Museumspark Rüdersdorf, Stephen Ruebsam

Abb. 4 (S. 66): © Lars Wiedemann

Abb. 5: © Museumsverband des Landes Brandenburg e. V., Andreas Stückl

Abb. 6: © Nada Quenzel

Abb. 7, 8: © Museumsverband des Landes Brandenburg e. V.

Beitrag Farrenkopf/Karabaic

Abb. 1 (S. 78), 4, 7: Foto: Martin Gantenberg

Abb. 2: Foto: Jürgen Hoffmann, LVR-Industriemuseum

Abb. 3: Foto: Karlheinz Jardner, Deutsches Bergbaumuseum Bochum

Abb. 5, 11: Foto: LVR-Industriemuseum

Abb. 6: Foto: Michael Hein

Abb. 8: Foto: Thomas Machoczek, eigenes Werk, CC By-SA 3.0, via <https://commons.wikimedia.org>

Abb. 9, 10: Foto: Thomas Berns, Landschaftspark Duisburg-Nord

Abb. 12: Foto: Moltkeplatz, Public domain, via Wikimedia Commons

Beitrag Rodday/van Wieringen

Abb. 1: © Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau RLP

Abb. 2: © Thomas Kaiser/Eisenbahnmuseum Neustadt

Abb. 3 (S. 92): © Guenther Bayerl/Stiftung Sayner Hütte

Abb. 4: © Keramikmuseum Westerwald

Abb. 5: © Helge Articus/Keramikmuseum Westerwald

Beitrag Fischer/Scharf

Abb. 1: Screenshot der Webseite www.industrietourismus.de (Zugriff am 16.04.2024)

Abb. 2a: Screenshot der Webseite <https://www.gartenreich.de/de/ueber-sicht/unesco-welterbe> (Zugriff am 16.06.2024)

Abb. 2b: BArch, B145 Bild-00164078, Foto: Klaus Lehnartz

Abb. 3a: Expo 2000 Sachsen-Anhalt GmbH 1999

Abb. 3b (S. 96): © Ferropolis GmbH 2015, Foto: Stephan Flad

Abb. 4: Foto: Michael Deutsch

Abb. 5a: Mitteldeutsche Zeitung vom 02.01.2024, Anhalt-Kurier S. 15

Abb. 5b: Screenshot Instagramm NIK (Zugriff am 16.04.2024)

Abb. 6a, 8, 9a, 10b: Foto: Thomas Fischer

Abb. 6b: Webseite <https://frauenorte.net/> (Zugriff am 16.04.2024)

Abb. 7: Screenshot der Webseite <https://www.erih.de/da-will-ich-hin> (Zugriff am 16.04.2024).

Abb. 9b: Webseite <https://www.ddr-museum.de/en/objects/1021694> (Zugriff am 16.04.2024).

Abb. 10a: Fotoarchiv Landesheimatbund Sachsen-Anhalt, Foto: Julius C. Schreiner

Abb. 12: © Agentur NeoNext Berlin

Abb. 13: Logo (<https://am-eisernen-band.de/>, Zugriff am 16.04.2024), Fotos: Thomas Fischer

Abb. 14: NIK

Beitrag Wobbe/Ehrentraut

Abb. 1: Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Inventar-Nr. PL 54/148 (Plakatentwurf: Dore Mönckemeyer-Corty, 1954; Digitalisat: Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)

Abb. 2 (S. 112 links): Alexander Rumpel (CC-BY-SA-4.0), via Wikimedia Commons (l.); Corinna Wobbe (lfd)

Abb. 3, 6, 8: Corinna Wobbe (lfd)

Abb. 4: Marco Dziallas (o.); Mathis Nitzsche (lfd)

Abb. 5: Nora Wiedemann (lfd) (l.); Corinna Wobbe (lfd)

Abb. 7, 10: Jane Ehrentraut (lfd)

Abb. 9: Corinna Wobbe (lfd); Visualisierung H2 ARCHITEKTUR by hendrik heine, 2025

Abb. 11: Felix Thoma

Abb. 12: Wolfgang Junius (lfd)

Beitrag Frey

Abb. (S. 134): Foto: Andreas Gosch

Abb. 1: Gestaltung: Prof. Markus Dreßen, Leipzig

Abb. 2: Gestalter: Heimrich & Hannot, Leipzig

Beitrag Mieth

Abb. 1, 3, 4: Staatliche Kunstsammlungen Dresden – Sächsische Landesstelle für Museumswesen.

Abb. 2: Staatliche Kunstsammlungen Dresden – Sächsische Landesstelle für Museumswesen und Verlag der Kunst Dresden, Gestaltung: Anke Albrecht, Pirna.

Abb. 5 (S. 142): Deutsches Damast- und Frottiermuseum Großschönau, Foto: Bertram Kober/punctum.

Abb. 6: Kunstsammlungen Zwickau/Max-Pechstein-Museum, Foto: Gregor Lorenz.

Abb. 7: Staatliche Kunstsammlungen Dresden – Sächsische Landesstelle für Museumswesen, Gestaltung: Anke Albrecht, Pirna.

Beitrag Nixdorf-Munkwitz

Abb. 1, 2 (S. 152), 7, 8, 12, 13: Foto: Ines Escherich

Abb. 3: Foto: Jens Ahner

Abb. 4, 5: Foto: IKU

Abb. 6: Foto: Lisa Warich

Abb. 9: Foto: LWL/Philipp Harms

Abb. 10: Foto: NIK

Abb. 11: Foto: Technische Sammlungen Dresden

Beitrag Richter

Abb. 1: Foto: Hannelore Zschocke
 Abb. 2: Foto: W. Schmidt
 Abb. 3: Foto: D. Müller
 Abb. 4: Foto: Andreas Gosch
 Abb. 5 (S. 166), 6: Foto: Patrick Eichler
 Abb. 7, 8: Foto: Nada Quenzel
 Abb. 9: Gestaltung: ungestalt, Leipzig

Beitrag Jesswein/Itterhagen

Abb. 1, 2 (S. 174), 3–5: Foto: Wiebke Berkel/Welterbe Montanregion Erzgebirge e. V.
 Abb. 6, 7: Foto: Katharina Jesswein/Welterbe Montanregion Erzgebirge e. V.
 Abb. 8, 9: Foto: Kristin Hängekorb/Welterbe Montanregion Erzgebirge e. V.

Beitrag Dossin/Bockelmann

Abb. 1, 6, 7, 11, 12 (S. 184): Fridtjof Florian Dossin
 Abb. 2: <https://zuckerfabrik-oldisleben.de/>, 2025
 Abb. 3: Ausstellungskatalog „Erlebnis Industriekultur – Innovatives Thüringen seit 1800“, Julia Dünkel und Andreas Christoph, 2018.
 Abb. 4: Broschüre Porzellan-Industrie-Kultur-Thüringen, Leo Bockelmann, Ismene Erler, Fridtjof Florian Dossin, 2018.
 Abb. 5: Andrzej Otrebski (CC-BY-SA 4.0), 2017, via: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Erfurt_slodownia_3.jpg.
 Abb. 8: Abriss-Quartett, Mark Escherich, 2025.
 Abb. 9: Jan Kobel, 2021.
 Abb. 10: Marius Hasenheit (<https://transform-magazin.de/so-lasst-sich-das-gute-leben-in-kleinstaedten-bauen/>, 2020).

Beitrag Murray

Abb. 1, 2, 5, 6, 7 (S. 198): © TVB Traunsee Almtal/
 Foto brainpark.traunsee
 Abb. 3, 4: Tourismusverband Traunsee Almtal

Beitrag Kuisle

Abb. 1–7, 9, 10, 12: Foto: Anita Kuisle
 Abb. 8 (S. 206): Foto: Gerhard Nixdorf
 Abb. 11: Foto: Fotokerschi

Beitrag Krüger

Abb. (S. 214), 1, 2, 8, 10, 17: Foto: Malte Krüger
 Abb. 3: Foto: Bernd NdeM, via <https://de.m.wikipedia.org/>
 Abb. 4: Foto: GZagatta, via <https://de.m.wikipedia.org/>
 Abb. 5: Foto: Giorgio Michele, via <https://commons.wikimedia.org>
 Abb. 6, 7, 9, 11, 12, 14, 16: Privataarchiv Malte Krüger
 Abb. 13: Foto: Bernd Spila
 Abb. 15: Foto: Berliner Kartenspieler, CC BY-SA 4.0, via <https://commons.wikimedia.org>

Beitrag Plache

Abb. (S. 234): Foto: Peter Glumbick 2024

Beitrag Hahn

Abb. 1, 5: Sammlung Heimatwelten der Stadt Zwönitz
 Abb. 2, 3, 9, 12, 14: Foto: Ute Hahn
 Abb. 4: Bauarchiv der Stadt Zwönitz
 Abb. 6: Sammlung Heimatwelten der Stadt Zwönitz, Nachlass Harald Schindler
 Abb. 7 (S. 242), 8, 10, 11, 13: Foto: Stephan Jäckel
 Abb. 15: Foto: Jörg Dietrich 2024
 Abb. 16: Foto: Peter Glumbick 2024